



# Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



**AUS DEM INHALT**  
Ausgabe März 2009

- Europawahl
- Finanz- und Wirtschaftskrise
- Zins-Schlupflöcher werden kleiner
- Niedrigere Roaming-Gebühren
- Erfolgsgeschichte des Euro
- Innovationsleistung stark verbessert
- Entbürokratisierung
- Erweiterung

*Liebe Leserinnen und Leser,*

diese Eurospot-Ausgabe ist die letzte in dieser Wahlperiode. Die letzte Plenarwoche in Straßburg findet vom 4.-7. Mai statt. Insgesamt haben in der zu Ende gehenden Wahlperiode über 10.000 Interessierte den Weg zu mir nach Brüssel und Straßburg gefunden. Vor Ort, über Email und Internet haben diese „schlaglichtartigen“ Informationen Verbreitung gefunden. Falls Sie Anregungen und Hinweise haben, was man in der nächsten Wahlperiode verbessern oder welche Themen man besonders hervorheben könnte, lassen Sie es mich wissen.

Für die nächste Wahlperiode wurde ich am 14. März in Marburg auf dem Landesparteitag der CDU Hessen auf Platz 2 nominiert. Da die hessische CDU seit 1979 (Ausnahme 1989) bei allen Europawahlen drei Abgeordnete entsandt hat, sollte dies eine Perspektive für meine fortgesetzte Arbeit darstellen. Ein herzlicher Dank gilt allen, die mir das ermöglicht haben.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise macht vielen Bürgern derzeit deutlich, was wir am Euro und an der EU haben: Die EU, der Binnenmarkt und die gemeinsame Währung sind Schutz und Chance in schwieriger Zeit. Ohne den Euro gäbe es Währungsturbulenzen, die unsere deutschen Exportchancen zusätzlich zum generellen Nachfragerückgang noch verschärfen würden; denn viele würden sich in die DM flüchten, weil wir eine bessere Bewertung unserer Wirtschaftsleistung und finanziellen Solidität erhalten als andere. Dadurch würde die DM stark aufgewertet und unsere Produkte zusätzlich verteuert. Mit dem Euro haben wir über die Hälfte unserer Exporte im Euro-Raum und damit unabhängig von diesen Schwankungen.

Die auf nationaler und europäischer Ebene getroffenen Maßnahmen müssen jetzt wirken - derzeit sind Rufe nach zusätzlichen Konjunkturprogrammen nicht angebracht. Noch höhere Schulden würden die nächste Generation in nicht mehr vertretbarer Weise belasten.

In diesem Sinne grüßt Sie und bittet um Unterstützung am 7. Juni

Ihr

*Michael Galber*

## Europawahl am 7. Juni 2009 in Deutschland

Nutzen Sie Ihre Chance und gehen Sie am 7. Juni zur Europawahl, damit Sie mitbestimmen, wer für die nächsten fünf Jahre Ihre Interessen auf europäischer Ebene vertritt. Die Europawahl 2009 findet zwischen dem 4. und 7. Juni 2009 statt. Dieser vier Tage dauernde Wahlzeitraum entspringt der europäischen Vielfalt traditioneller Wahltermine, beispielsweise wird in Deutschland immer an einem Sonntag gewählt dagegen in Großbritannien an einem Donnerstag.

Das Europäische Parlament, das seit 1979 direkt gewählt wird, gibt Ihrer Stimme Gewicht in Europa. Im Geflecht der gesetzgebenden Institutionen ist es einzig das Europäische Parlament, das die Interessen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission vertritt. Die Mitwirkung des Europäischen

Parlaments bei der Verabschiedung des EU-Haushalts und das ausgeweitete Mitentscheidungsverfahren bei Gesetzesvorhaben sind die zentralen Pfeiler des parlamentarischen Einflusses. Bestimmen Sie mit, wenn es um die Fragen des Ebbelwoi oder des Salzgehalts im Brot geht.



In Deutschland werden 64,3 Millionen Deutsche und weitere Unionsbürger das Recht haben, zur Wahl des Europäischen Parlaments zu gehen. Wie bereits bei den vergangenen Wahlen haben Unionsbürger, die in Deutschland leben und in keinem anderen EU-Land ihr Wahlrecht ausüben wollen,

die Möglichkeit auf Antrag in das Wählerverzeichnis ihres Wohnortes eingetragen zu werden. Der Stichtag ist am 3. Mai 2009.

Obwohl sich die Gesamtzahl der Abgeordneten von 785 auf 736 verringert, entsendet Deutschland wie bisher 99 Parlamentsvertreter.

Die momentane Zahl setzt sich zusammen aus den Abgeordneten, die bis Ende 2006 im Parlament waren, und zusätzlichen Parlamentariern, die mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens am 1. Januar 2007 hinzukamen. Da die Wahl im Juni auf der Rechtsgrundlage des Vertrages von

Nizza stattfinden wird, wird an der kleineren Zahl festgehalten. Nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon werden in zukünftigen Wahlen 751 Abgeordnete gewählt.

Wahlaufruf des Informationsbüros des EP  
[www.wahlen2009.eu](http://www.wahlen2009.eu)

## Reaktionen des EP auf die Finanz- und Wirtschaftskrise



Situation gekommen, die von sinkendem Wirtschaftswachstum und steigender Arbeitslosigkeit geprägt ist.

Angesichts der Beschlüsse der

Die ganze Welt begann zu leiden, als sich die Schockwellen der Finanzkrise von den USA aus global ausweiteten. Neben Finanzriesen, die am Rande des Bankrotts stehen, zeichnen sich immer mehr die tiefen Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und die privaten Haushalte ab. Es ist zu einer Neuauflage einer bereits vergessen geglaubten

Staats- und Regierungschefs und der Europäischen Kommission zur Krisenbewältigung fordert das Europäische Parlament eine „schlüssige europäische Strategie“ mit dem Ziel, die Konjunktur wieder in Schwung zu bringen. Als wichtige Schritte auf diesem Weg werden die Austrocknung von Steueroasen und die konditionierte öffentliche Unterstützung des Finanzsektors ange-

sehen. Die derzeitige Krise darf jedoch von der EU nicht dazu genutzt werden, von Verpflichtungen zur Förderung internationaler Entwicklung zurückzutreten und somit die weltweite Bekämpfung der Armut aufzugeben. Ferner sind die Mittel zur Krisenbewältigung so zu wählen, dass kein Rückfall in protektionistische Politikansätze möglich ist. Vielmehr sollten die Chancen des Binnenmarktes als Instrumente verstanden werden, um der Krise Einhalt zu gebieten.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0123+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## Autos sollen sicherer und umweltfreundlicher werden



Bereits ab dem 1. November 2011 wird eine neue Auto-Verordnung in Kraft treten mit dem Ziel, die Sicherheit

und Umweltverträglichkeit von Autos zu verbessern. Die Verordnung beinhaltet u. a. die serienmäßige Einführung von Systemen zur Überwachung des Reifendrucks bei Pkw sowie erhöhte Anforderungen an das Reifendesign, etwa bei der Nasshaftung und beim Rollwiderstand. Als europaweite Serienausstattung wird

die Einführung zusätzlicher Sicherheitssysteme, wie des Antiblockiersystems ESP, bei Neuwagen verbindlich vorgeschrieben.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0092+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## Zins-Schlupflöcher werden kleiner

Obwohl sich seit gut drei Jahren die meisten Länder der EU über die Zinserträge von Anlegern aus europäischen Ländern informieren existieren immer noch Zins-Schlupflöcher, die jetzt kleiner werden. In den Ländern, die sich gegenseitig informieren, werden die Steuerbehörden im Heimatland des Anlegers über die existierende Bankverbindung im Ausland, die Art der Anlage und die daraus erzielten Erträge informiert. Drei Staaten -Belgien, Luxemburg und Österreich- konnten sich dagegen wehren, das nationale Bankgeheimnis aufzuheben. Von diesen drei Staaten werden zwar keine Kontrollmitteilungen ins EU-Ausland verschickt, aber von den Anlegern werden Zinssteuern verlangt. Wurden bis um 1. Juli 2008 15% erh-

oben, so liegt der Satz jetzt bei 20%, wobei ab dem 1. Juli 2011 Steuern in Höhe von 35% abgezogen werden sollen.



Der EU angegliederte Gebiete, wie beispielsweise die Cayman-Inseln oder die Niederländischen Antillen, fallen unter eine Sonderregelung. Dort darf gewählt werden, ob man sich dem Prinzip der Kontrollmitteilungen unterwirft oder die EU-Zinssteuer einführen möchte. Auf den Kanalinseln Jersey und Guernsey, die trotz der Zugehörigkeit zum EU-Zollgebiet nicht Teil der EU sind, muss auch die Zinsrichtlinie umgesetzt werden. Doch schon vor

dieser Entscheidung verlor Jersey die Anziehungskraft für deutsche Steuersünder, da mit Deutschland ein Informationsaustausch vereinbart wurde, und somit die deutschen Steuerbehörden Auskunft über die Steuerangelegenheiten ihrer Bürger erhalten. Auch wenn keine Mitteilungspflicht in den drei Ländern besteht, so müssen die Sparer dennoch die dort erzielten Erträge im Rahmen ihrer Steuererklärung im Heimatland angeben.

## Karriere machen in Europa

Das Europäische Amt für Personalauswahl (EPSO) modernisiert seine Verfahren zur Personalauswahl mit dem Ziel, interessierten Bürgerinnen und Bürgern den Einstieg in das Arbeitsfeld Europa zu erleichtern. Neue Wege werden beschritten mit einer überarbeiteten

Internetpräsenz, neuen Auswahlverfahren und einer konsequenten Mehrsprachigkeit.

Nutzen Sie Ihre Chance in den Europäischen Institutionen, um gemeinsam mit Kollegen aus



ganz Europa politische Strategien zu entwerfen und umzusetzen, die das tägliche Leben von 500 Millionen Menschen bewegen.

<http://www.eu-careers.eu/>

## Niedrigere Roaminggebühren im EP-Industrieausschuss gebilligt

Der EP-Industrieausschuss einigte sich darauf, dass entsprechend des Kommissionsvorschlags ab dem 1. Juli 2009 Reisende für grenzüberschreitende SMS lediglich 0,11 EUR zahlen werden. Entgegen der Kommission setzten sich die Abgeordneten dafür ein, eine Abrechnung per Sekunde ab Beginn des Telefonats vorzunehmen. Der Kommissionsvorschlag sah dies lediglich ab der 31. Sekunde vor.

Eine weitere Kostenkürzung wird es beim Internet-Surfen

von Handys geben. Die Parlamentarier sind der Meinung, dass entgegen den Vorstellungen der Kommission die Preisobergrenze zur Versendung von einem Megabyte von 1,00 EUR auf 0,50 EUR reduziert werden sollte. Bevor diese Verordnung am 1. Juli 2009 in Kraft treten kann, muss das Plenum zustimmen und der Rat sie förmlich anerkennen.

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/058-51302-068-03-11-909-20090309IPR51301-09-03-2009-2009-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/058-51302-068-03-11-909-20090309IPR51301-09-03-2009-2009-false/default_de.htm)



## Europas Innovationsleistung stark verbessert

Der Europäische Innovationsanzeiger 2008 zeigt erfreulicherweise, dass die Innovationsleistung der EU sich bis zum Beginn der Finanzkrise deutlich verbessert hat. Dem Bericht zufolge lassen sich die europäischen Länder in vier Gruppen einteilen, da alle von ihnen Verbesserungen, jedoch in unterschiedlicher Ausprägung, aufweisen können. Neben der Führungsgruppe, zu der Deutschland zählt, gibt es außerdem noch die Gruppe der Verfolger, die gemäßigten Innovativen sowie die Aufholländer. Deutschland ist beson-

ders aktiv in der Nano- und Biotechnologie.

Der Innovationsrückstand der gesamten EU gegenüber den USA und Japan hat sich verringert, was vor allem auf die sehr guten Ergebnisse in neuen Mitgliedstaaten wie Bulgarien, Rumänien und Zypern zurückzuführen ist. EU-weit wurden besondere Verbesserungen in den Bereichen Fachkräfte und Innovationsfinanzierung erzielt. Die Investitionen der europäischen Unternehmen bleiben allerdings relativ niedrig, vor allem im Vergleich mit



den USA und Japan. Zur Sicherung der Innovationsmöglichkeiten trifft es sich daher hervorragend, dass das Jahr 2009 als Europäisches Jahr der Kreativität und Innovation begangen wird.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/112&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## 10 Jahre Erfolgsgeschichte des Euro

Auch in Zeiten, die stärker von wirtschaftlichen Hiobsbotschaften geprägt sind, dürfen wir voller Stolz auf die Erfolgsgeschichte des Euro zurückblicken, der am 1. Januar 2009 sein Zehnjahres-Jubiläum beging.

Zum Erfolg gehört neben wirtschafts- und finanzpolitischen Wirkungen auch die Anziehungskraft, die die Einheitswährung auf weitere Staaten entfaltet. Führten zunächst die elf Gründungsmitglieder Belgien, Finnland, Deutschland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien den Euro ein, so sind mittlerweile auch Griechenland (seit 2001), Slowenien (seit 2007), Mal-

ta und Zypern (beide seit 2008) sowie die Slowakei (seit Beginn 2009) dem Euro-Club beigetreten.

Gerade die Wirtschaftsprobleme in Island und in osteuropäischen Ländern führten vor Augen, dass die Gemeinschaftswährung Euro sich als ein Stabilitätsanker erwies. Ohne den Euro wäre es mit großer Wahrscheinlichkeit zu massiven Abwertungen einzelner Landeswährungen gekommen, die möglicherweise auch die Gefahr von Währungskrisen nach sich hätten ziehen können. Für die Eurozone sind diese worst-case-Szenarien ausgeblieben. Vielmehr konnte sich der Euro neben dem US-Dollar als zweitwichtigste

Weltwährung etablieren. Dies führte unter anderem dazu, dass die sechs Staaten des Golfkooperationsrates (GKR) zur Einführung ihrer eigenen Einheitswährung eine Anbindung an einen Währungskorb bestehend aus US-Dollar und Euro erwogen. Auf dem Gebiet der Geldwertstabilität konnten der Euro und die Europäische Zentralbank (EZB), mit Sitz in Frankfurt, besondere Verdienste erwerben. Der EZB ist es gelungen, die Inflationsrate im Euroraum meist unter der ihr vorgegebenen Zielgröße von „unter oder nahe zwei Prozent gegenüber dem jeweiligen Vorjahr“ zu halten. Im Mittel der Jahresdurchschnitte lag von 1999 bis 2007 die Geldentwertung bei 2,04%.

## Erasmus-Programm für Jungunternehmer

Mit dem Ziel, den Unternehmensgeist und die Anregung von grenzüberschreitender Zusammenarbeit in der EU zu fördern, bietet die EU potenziellen Unternehmensgründern oder Jungunternehmern die Chance, für bis zu sechs Monate finanzielle Unterstützung für eine Hospitation bei

einem erfahrenen KMU-Unternehmer in einem anderen EU-Mitgliedstaat zu erhalten.

Es werden 870 Stipendien aufgelegt. Bewerbungen sind für den Zeitraum 2009/2010 möglich und müssen bis Dezember 2009 eingereicht werden.



<http://www.erasmus-entrepreneurs.eu/>

## Positive Bilanz bei der Entbürokratisierung in der Europäischen Union



Die Kommission hat bereits etwa 800 Rechtsvorschriften vorgeschlagen, die im Rahmen des Vereinfachungsprogramms 2005-2009 ge-

ändert oder aufgehoben werden sollen. Insgesamt wird dadurch der Umfang des sogenannten „Gemeinschaftlichen Besitzstandes“ um fast 10% reduziert. Allein im Steuerrecht ließen sich dadurch 18 Mrd. EUR, und im Gesellschaftsrecht noch mal 8 Mrd. EUR durch Verringerung der Verwaltungslasten einsparen.

Weiteres Vereinfachungspotenzial böten außerdem die Lebensmittelsicherheit, die Arbeitsplatzumgebung, die Landwirtschaft und landwirtschaftliche Beihilfen sowie das Verkehrswesen, da jeder dieser Bereiche Verwaltungskosten zwischen 5,7 und 3 Mrd. EUR verursache.

<http://europa.eu/rapid/press-ReleasesAction.do?reference=P/09/131&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## EU-Gesundheitspreis für Journalisten

Die EU lobt einen Preis für anspruchsvolle journalistische Arbeiten aus, die zur Sensibilisierung der Leser für Themen aus den Bereichen Gesundheitsversorgung und Patientenrechte beitragen. Die Themen des EU-Gesundheitspreises für Journalisten sind allumfassend. Es können Themen wie Patientenrechte bei grenzüberschreitender Gesundheitsversorgung, Patientensicherheit, seltene Krankheiten, Organspende und Organtransplantation, Krebs, Personal im Gesundheitswesen, Gripeschutzimpfung

und Impfschutz für Kinder, psychische Gesundheit sowie umsichtiger Einsatz von Antibiotika behandelt werden.

Wenn Sie ein hauptberuflicher Journalist und Staatsbürger eines der 27 EU-Mitgliedstaaten sind, dann können Sie Ihre Artikel einreichen, die zwischen dem 2. Juli 2008 und dem 15. Juni 2009 entweder in der Presse oder im erschienen sind. Die Gewinner werden in zwei Runden ausgewählt. Zunächst werden in jedem Mitgliedstaat von einer nationalen Jury aus zwei Ge-

sundheitsexperten und zwei Journalisten und unter dem Vorsitz der Kommissionsvertretung die Landessieger ermittelt. In der zweiten Runde werden auf EU-Ebene die drei besten Beiträge ermittelt.



## Erweiterung der Europäischen Union

Das Europäische Parlament beschäftigte sich mit den Fortschritten, die Kroatien, die Türkei und Mazedonien im Rahmen der Beitrittsverhandlungen machten. Der begrüßenswerte Beitritt Kroatiens rückt dabei immer näher. Der kroatische Fortschritt wird als

positiv beurteilt, so dass die Beendigung der Verhandlungen in diesem Jahr erwartet werden kann. Mazedonien befindet sich noch auf einem längeren Weg, die Kriterien von Kopenhagen zu erfüllen. Die Kriterien bilden seit 1993 die Messlatte, die die Beitrittskandidaten überwinden müssen, um in die Europäische Union aufgenommen zu werden. Die Kandidaten müssen die gemeinsamen europäischen demokratischen und wirtschaftlichen Standards umsetzen und die Übernahme des sogenannten „gemeinschaftlichen Besitzstandes“ gewährleisten. Der „gemeinschaftliche Besitzstand“ ist die Zusammenfassung aller EU Regeln, wie z.B. für den Binnenmarkt und den Umweltschutz oder den Euro.



An der Umsetzung der Kriterien müssen mit Blick auf die Türkei weiterhin starke Mängel festgestellt werden. Im dritten Jahr in Folge wird eine Verlangsamung des Reformprozesses beobachtet. Trotz positiver Entwicklungen, beispielsweise bei der Umsetzung Reform des Justizsystems, darf die Regierung in Ankara in den übrigen Feldern nicht nachlassen. Wir haben allen Anlass, uns angesichts der innenpolitischen Entwicklung in der Türkei darin bestätigt zu fühlen, dass der CDU-Ansatz einer privilegierten Partnerschaft zielführender ist als eine Vollmitgliedschaft. Der Beitritt zur EU würde aus heutiger Sicht sowohl die EU als auch die Türkei überfordern.

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/027-51429-068-03-11-903-20090310IPR51427-09-03-2009-2009-true/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/027-51429-068-03-11-903-20090310IPR51427-09-03-2009-2009-true/default_de.htm)

### IMPRESSUM

**Michael Gahler**  
Europäisches Parlament  
ASP 10 E 217  
B-1047 Brüssel  
Tel.: 0032-2-284 59 77  
Fax: 0032-2-284 99 77  
E-Mail: michael.gahler@europarl.europa.eu  
Regionalbüro Süd- und Westhessen  
Odenwaldstrasse 5  
D-64521 Groß-Gerau  
Tel.: 06152-93 25 94